



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Was steckt dahinter, dass angeblich „die deutsche Wirtschaft kaputt geht“?

10 Milliarden Euro: Das zahlt die Regierung dem US-Konzern Intel, damit dieser in Magdeburg eine Fabrik für Mikrochips mit 3.000 Arbeitsplätzen baut. 10 Milliarden Euro staatliche Subventionen – für eine einzige Fabrik!

Gleichzeitig diskutiert die Regierung, wo sie im nächsten Haushalt bei uns überall sparen könne. Gleichzeitig erklärt sie, dass sie mehrere hundert Krankenhäuser schließen wird, weil dafür „kein Geld“ da ist. Die Regierung kann das Geld nur einmal ausgeben: Entweder für die Konzerne – oder die Bedürfnisse der einfachen Bevölkerung.

Anfangs sollte Intel 6,8 Milliarden bekommen. Alles war abgemacht. Doch plötzlich erklärten deren Bosse, sie wollten gefälligst 10 Milliarden vom Staat – sonst würden sie das Werk doch in einem anderen Land bauen. Und kaum haben sie die auch bekommen, verlangen sie nun weitere Subventionen beim Strompreis. Es ist ein Fass ohne Boden. Und Intel ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Konzerne bekommen bereits immer höhere Subventionen und einen bedeutenden Teil ihrer Energiekosten vom Staat. Und sie fordern immer mehr.

Um die Milliardengeschenke zu rechtfertigen, versuchen sie uns einzureden, dass die Firmen im Rest der Welt beste Bedingungen hätten und nur in Deutschland unter den angeblichen „hohen Kosten“ zusammenbrechen würden. Die Wahrheit ist: In fast allen Ländern fordern die Kapitalisten dasselbe. Denn sie wollen trotz der durch Krise und Inflation sinkenden Nachfrage nicht auf Profit verzichten. Überall drohen sie daher mit Schließungen und Verlagerungen und verlangen mehr Geld.

Seitdem versuchen sich alle Industriestaaten darin zu überbieten, wer den Konzernen am meisten Subventionen in den Rachen wirft – in der Hoffnung, dass die Betriebe dann vielleicht nicht bei ihnen geschlossen werden, sondern in anderen Ländern. Nur spielen in diesem Wettkampf nicht alle Staaten in der gleichen Liga.

In der EU zum Beispiel haben fast alle großen Staaten milliardenschwere Subventionsprogramme für die Konzerne aufgelegt, alle unter dem Vorwand, „klimafreundliche Technologien“ und „wirtschaftliche Unabhängigkeit von China“ zu fördern. Doch weil die deutschen, französischen, italienischen Konzerne untereinander in Konkurrenz stehen und verschiedene Interessen haben, handelt jeder EU-Staat alleine und nur für die Interessen seiner Kapitalisten. Keiner von ihnen aber hat alleine eine Chance gegen die USA.

Die USA haben bereits den Vorteil, dass die von ihnen verlangten Sanktionen gegen Russland die Energiekosten in Europa und insbesondere in Deutschland in die Höhe getrieben haben – nicht jedoch in den USA. Und weil die USA ein Staat ist und nicht 27 konkurrierende, kann sie auch ganz andere Summen auf den Tisch blättern als jeder der EU-Staaten. Allein im letzten Jahr haben sie ein Subventionspaket von 430 Milliarden Dollar für Konzerne beschlossen, die in den USA produzieren lassen. Auch dies übrigens unter dem Vorwand, „klimafreundliche Energien und Technologien“ zu fördern.

Überall ist der Klimaschutz nur der Deckmantel, damit die Bevölkerung einfacher akzeptiert, dass Chemie-, Auto- und Energiekonzerne mit grenzenlosen Geldgeschenken überhäuft werden.

So viel übrigens zu der Propaganda von AfD und CDU, die behaupten, es gäbe nur deshalb eine Krise, weil die deutsche Regierung die Konzerne mit Klimaschutzmaßnahmen „zu stark finanziell belasten“ würde. Es ist ein billiges Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen.

Und obendrein machen sie damit am Ende dieselbe Propaganda wie die Regierung. Auch AfD und CDU sagen schließlich nichts anderes, als dass die Produktion für die Konzerne in Deutschland angeblich zu teuer wäre und die Konzerne daher noch mehr Geld vom Staat bräuchten.

Lange Zeit gehörten die deutschen Konzerne zu den absoluten Gewinnern im weltweiten Konkurrenzkampf. Wir Arbeitenden hatten davon nichts. Die riesigen Gewinne haben sich die Kapitalisten in die Tasche gesteckt: Allein 2020 sind die 136 reichsten deutschen Kapitalisten um 100 Milliarden Euro reicher geworden!

Doch wegen der Sanktionen im Ukraine-Krieg haben sie gegenüber den US-Konzernen etwas an Boden verloren. Und nun verlangen sie, dass die arbeitende Bevölkerung dafür bezahlt.

Wir Arbeitenden können nur verlieren, wenn wir uns in ihren Konkurrenzkampf hineinziehen lassen. In diesem Kampf verteidigen die Kapitalisten, unterstützt von den Regierungen, einzig ihre Profite: gegen ihre Konkurrenten, aber vor allem indem sie sich das Geld holen, wo es bislang am einfachsten ist: bei uns Arbeitenden. Unsere Interessen verteidigt keiner, wenn wir es nicht selber tun.

Die Konzernbosse wollen Geld? Antworten wir ihnen, dass sie es von den angehäuften Gewinnen nehmen sollen! Von den gigantischen Milliardenbeträgen, die sie aus uns herausgepresst haben und die nun auf den Konten der Großaktionäre schlummern – statt von dem öffentlichen Geld, das für Schulen und Krankenhäuser gebraucht wird, oder von unseren Löhnen und Arbeitsplätzen.

Und wenn die Kapitalisten uns damit erpressen, dass sie die Betriebe dann schließen oder verlagern? Antworten wir ihnen, dass sie gerne gehen können – aber dass wir die Betriebe und Bankkonten behalten!

Wir Arbeitenden können die Betriebe auch ohne parasitäre Großaktionäre leiten. Wir kennen die Betriebe am besten und haben im Gegensatz zu den Kapitalisten keine, der Bevölkerung entgegengesetzten Interessen. Und angesichts der immer schlimmeren Krisen, Kriege und Zerrüttung, in die die kapitalistische Herrschaft die Welt führt, können wir es wahrlich nur besser machen.

Der Putschversuch der Wagner-Söldner in Russland – und die vielsagenden Reaktionen der westlichen Staaten

Zwei Wochen nach dem Putschversuch der Wagner-Söldner sind dessen Hintergründe noch immer undurchsichtig und ungewiss – ebenso wie die Frage, wie es jetzt mit der Söldner-Truppe und ihrem Anführer Prigoschin weitergeht. Eines jedoch hat er sehr klar gezeigt: Putins Macht ist durch den Krieg spürbar geschwächt.

Prigoschin, der sich dank Putins Unterstützung von einem Sträfling in einen mächtigen Unternehmer verwandeln konnte, war lange eine rechte Hand Putins. Im Ukraine-Krieg wurden seine Söldner zu Putins berühmtester Vorzeigetruppe. Doch mehr und mehr hat er sich gegen die russische Armeeführung und dann auch gegen Putin gestellt. Und er hätte mit seinen Söldnern kaum widerstandslos mehrere hundert Kilometer nach Russland eindringen können, wenn er dort nicht mindestens über passive Unterstützung verfügt hätte.

Prigoschin genoss wohl Sympathie in Teilen der Bevölkerung, weil er immer wieder offen die Armee-Führung für ihre Kriegsführung kritisiert hat und dafür, dass sie die Soldaten verheizt. Doch Prigoschin fand wohl auch durchaus Anklang bei einem Teil des russischen Machtapparats, der zunehmend unzufrieden mit der Dauer und den wenigen Erfolgen des Krieges ist – und der über die Ablösung Putins nachzudenken beginnt. Der Wagner-Putsch war ein erstes Anzeichen dafür, dass die Machtkämpfe im russischen Staatsapparat an Schärfe gewinnen und noch unvorhersehbare Folgen haben könnten.

Vielsagend sind die Reaktionen unserer eigenen Staatschefs darauf. Seit einem Jahr haben uns Scholz, Biden und Co. erklärt, dass die Kriegsgefahr einzig von dem „verrückten und machtgerigen Diktator Putin“ ausgehe. Und dass wir immer schlimmere Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet (nun sogar die geächtete Streu-Munition), massive Aufrüstung und explodierende Energiepreise akzeptieren müssten, um Putin zu schlagen. Doch angesichts des Putsch-



Wagner-Söldner bei ihrem Aufbruch aus Rostow in Richtung Moskau

Versuchs waren sie auf einmal voller Sorge, dass er gestürzt werden könnte. Denn die Wahrheit ist: Sie möchten ihren Rivalen und dessen Einfluss in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gerne schwächen. Nur deshalb unterstützen sie die ukrainische Armee so massiv. Doch gleichzeitig wollen sie auf Putins Diktatur derzeit nicht verzichten. Denn bislang sorgt diese wie keine andere für Ruhe in der russischen Bevölkerung, dem Staat und der gesamten Region.

Die bisherige Einmischung und kriegerische Machtpolitik der westlichen Staa-

ten könnte dennoch dazu führen, dass – wie im Irak und im Nahen Osten – der Staatsapparat explodiert und Russland in einem Bürgerkrieg versinkt.

Um diesem Los zu entkommen, kann die russische Bevölkerung weder auf die verschiedenen Machtcliquen im eigenen Land zählen, noch auf die westlichen Staaten.

Die einzige Hoffnung besteht darin, dass der geschwächte Machtapparat der Arbeiterklasse hilft, wieder Mut zu finden, den Kopf zu heben und selber gegen den Krieg und für ihre sozialen Interessen zu kämpfen.

Deutsche Truppen nun dauerhaft an der Grenze zum Kriegsgebiet

Ein Teil der Wagner-Söldner ist nach dem Putsch nach Belarus gegangen. Schon wenige Tage später hat die deutsche Regierung erklärt, dass sie ganze 4.000 deutsche Soldaten samt ihren Familien dauerhaft nach Litauen verlegt, an die Grenze zu Belarus und Russland: mit der Begründung, dass diese Söldner, die einfach so geputscht hatten, eine neue unberechenbare Gefahr für die NATO darstellen würden.

Das in der deutschen Bevölkerung verbreitete Unbehagen über diese uneinschätzbaren Söldner war offensichtlich eine gute Gelegenheit für die Regierung, um schnell mal durchzusetzen, was sie schon länger vorhatten: Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg wird nun ein ganzer Truppenteil der deutschen Armee dauerhaft im Ausland stationiert – obendrein direkt an der Grenze zum Kriegsgebiet.

Womit uns die Herrschenden noch ein Stück weiter in die Spirale der Eskalation hineinziehen könnten, die sich Stück für Stück in Richtung Krieg dreht.

Frankreich: Statt Resignation oder sinnlose Gewalt – ändern wir die Gesellschaft!

Die Ermordung eines 17-jährigen durch die Polizei hat spontan und mehrere Tage lang zu einer Explosion blinder Wut von Jugendlichen geführt. Polizei und Justiz sind gegen die Jugendlichen sehr hart vorgegangen. Mehrere hundert, nicht selten Schüler*innen oder Azubis ohne Vorstrafen, wurden noch am selben Tag in Schnellverfahren abgeurteilt. Dafür, dass sie zum Beispiel etwas aus einem geplünderten Laden geklaut haben, sind sie teilweise zu mehreren Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Die Regierung Macron hat die Jugendlichen und sogar deren Eltern beschimpft und verleumdet, während sie sich bedingungslos hinter die Polizei gestellt und sie gerühmt hat. Zur Einschätzung der Ereignisse veröffentlichen wir den Leitartikel der Betriebszeitungen unserer französischen Genoss*innen von Lutte Ouvrière vom 3. Juli 2023.

Über den Tod des 17-jährigen Nahel in Nanterre kann man nur empört sein. Hätte es keine andere Möglichkeit gegeben, das Auto zu stoppen, als dem Fahrer aus unmittelbarer Nähe in die Brust zu schießen? Was hat der Ruf "Knall ihn ab!" eines der Polizisten zu bedeuten? Wäre die Szene nicht gefilmt worden, wäre diese Hinrichtung durch die Polizei als Notwehr getarnt worden – so, wie es sicher in den meisten Fällen geschieht.

Diesmal gibt es ein Video als Beweis: Polizisten, die keine Zurückhaltung kennen, die schießen, um zu töten, die de facto die Todesstrafe wieder einführen, manchmal nur für geringfügige Vergehen. Und man braucht sich nur die Reaktionen einiger Polizeigewerkschaften anzuhören, um zu begreifen, dass in ihren Augen das Leben eines Jugendlichen aus einem Arbeiterviertel nicht viel wert ist!

Die Jugendlichen in den Arbeitervierteln haben dies verinnerlicht. Denn sie erleben jeden Tag Kontrollen aufgrund ihrer Hautfarbe, rassistische Äußerungen oder Diskriminierung bei der Arbeit oder der Wohnungssuche.

Sie sehen sich dazu verurteilt, sich ohne Geld durchzuschlagen, mit Leiharbeit und schlecht bezahlten Jobs – während die Jugendlichen aus dem Bürgertum gute Beziehungen und eine sichere Karriere haben. Sie erleben, wie ihre Eltern von einer schlecht bezahlten Arbeit ausgelaugt und kaputt gemacht oder in die Arbeitslosigkeit gestoßen werden.

Also ja, es gibt Jugendliche, Kinder, die mit Wut im Herzen leben. Diese Wut bringt einen kleinen Teil von ihnen dazu, nichts zu respektieren, in Drogengeschäfte einzusteigen oder den Bewohnern ihrem eigenen Viertel das Leben schwer zu machen. Und diese Wut ist mit Nahels Tod in blinde Gewalt umgeschlagen.



Die Zerstörungswut, die in einigen Stadtvierteln ausgebrochen ist, löst ihrerseits Bestürzung, Verwirrung und zum Teil Wut aus. Und das aus gutem Grund! Denn es sind nicht die Reichen, deren Autos, schicke Restaurant oder Tennis- und Golfplatz in Rauch aufgehen. Es sind Frauen und Männer der einfachen Bevölkerung, die nun hilflos ohne Sozialzentrum, Einkaufsladen oder Transportmittel zur Arbeit dastehen.

Die Aktionen derjenigen, die mehrere Nächte damit verbracht haben, alles in ihrer Reichweite zu zerstören, einschließlich des Ferienzentrums, in dem ihre kleine Schwester angemeldet war oder des Arztbusses, in dem ihre Mutter sich behandeln lassen wollte, zeugen von einem dramatischen Mangel an Bewusstsein. Unter ihnen befinden sich übrigens auch Kleinkriminelle und Drogenhändler, die sich nicht darum scheeren, dass sie das Leben der Einwohner in Gefahr bringen.

Diese blinde Wut darf nicht die Oberhand gewinnen! Aber wer ist da, um die Revolte dieser Jugend zu tragen und ihr eine Perspektive zu eröffnen? Wer, um sich gegen die Politik der Regierung zu stellen? Wer kämpft gegen das Großkapital, das schon an Reichtum erstickt und doch immer raffgieriger wird?

Die zerstörerische Revolte dieser Jugend ist die Folge der fehlenden Organisation der Arbeiterklasse, ihres Mangels an Kampfgeist und Politisierung. Der Arbeiterklasse werden die Jugendlichen

als Lieferboten, Lagerarbeiter, Gabelstaplerfahrer, Kellner oder Köche angehören – so wie ihre Brüder, Schwestern oder Eltern bereits heute. Es liegt also an uns, an allen Arbeiterinnen und Arbeitern, ihnen den Weg zu weisen.

Indem wir uns organisieren und dafür kämpfen, dass wir von den Großkapitalisten, aber auch von der Polizei und der Justiz respektiert werden, können wir zu einem Vorbild für die Jugend werden. Diese Perspektive ist untrennbar damit verbunden, die gesamte Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen. Denn es ist sinnlos, auf eine bessere Polizei oder Justiz zu hoffen.

Hinter der Polizei und der Justiz stehen die Gesetze der Bourgeoisie. Diese Gesetze weisen den Arbeitenden und ihren Kindern die Rolle zu, sich ausbeuten zu lassen und den Reichsten zu dienen. Sie legitimieren die Ungleichheit. Sie erlauben es einer Regierung wie der von Macron, uns zwei Jahre unserer Rente zu stehlen. Sie geben einer Klasse von Parasiten alle Macht, die bereit wären, Vater und Mutter zu töten, wenn das ihre Profite vergrößert!

In Punkto Plünderung und Zerstörung werden die jungen Randalierer niemals an die Konzerne heranreichen, die bereit sind, die ganze Welt zu schröpfen, den Planeten zu zerstören, die Menschheit auszubeuten und Kriege zu schüren.

Gewalt ist das Herzstück dieser von Ungerechtigkeiten zersetzten Gesellschaft. Wir werden daher nur dann Frieden und Gerechtigkeit erlangen, wenn wir dem Großkapital die Kontrolle über die Gesellschaft entziehen. Wir werden erst eine wirklich gerechte Gesellschaft aufbauen, wenn die Frauen und Männer, die alles produzieren, selber an der Macht sind und die Gesellschaft so organisieren, dass sie den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung entspricht.

Wahlsieg der AfD: Eine Bedrohung für alle Arbeitenden – gefördert durch die arbeiterfeindliche Politik der herrschenden Parteien

Bundesweit liegt die AfD in Umfragen derzeit bei über 20%. Am 25. Juni ist in Thüringen nun der erste Landrat der AfD in der Stichwahl gewählt worden, mit 53% der Stimmen. Die 23.000 Einwohner von Sonneberg hatten die grandiose Wahl zwischen diesem AfD-Kandidaten und einem CDU-Kandidaten, dessen Landesverband zum rechtesten Flügel der CDU gehört.

Die Positionen der CDU sind in Thüringen teilweise kaum von der AfD zu unterscheiden. Zum Teil arbeitet sie auf kommunaler Ebene bereits mit der AfD zusammen. Dennoch haben alle anderen Parteien gemeinsam aufgerufen, den CDU-Kandidaten zu wählen und haben ihn dabei ernsthaft als „letzten Rettungsanker der Demokratie“ präsentiert. Selbst die Linke hat für diesen CDU-Kandidaten geworben!

Trotz dieser Koalition aller Parteien hat die AfD gewonnen. Und kurze Zeit später wurde auch in Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) ein AfD-Kandidat in der Stichwahl zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt.

In ihrer unbeschreiblichen Arroganz haben die Regierungsparteien ihre Niederlage anschließend damit erklärt, dass ihre kluge Politik von den Menschen einfach „nicht verstanden worden“ sei. Genau von dieser Arroganz profitiert die AfD!

Die Menschen verstehen die Politik der Herrschenden nämlich sehr gut. Sie verstehen, wie die Preise sie erdrosseln, wie sie immer mehr zu kämpfen haben mit ihren niedrigen Löhnen und Renten, die im Osten noch geringer sind als im Westen. Sie verstehen, wie die ländlichen Gegenden abgehängt werden, weil die Sparpolitik erbarmungslos noch die letzte Klinik, Schule und Buslinie schließt. Sie verstehen, wie unsicher ihre Zukunft ist.

Doch die AfD ist wahrlich die letzte Partei, die eine Alternative zu dieser arbeiterfeindlichen Politik darstellen würde. Ganz im Gegenteil, sie gehört zu deren extremsten Verteidigern: zu denen, die jede Deckelung der hohen Mieten ablehnen, die gegen Streiks für höhere

Löhne wettern – und gegen die Anhebung des Mindestlohns sind. Sie wollen den Unternehmern sogar noch mehr staatliche Gelder schenken, wodurch der Öffentliche Dienst noch mehr kaputt gespart würde.

Die AfD hebt sich von den anderen Parteien nicht durch ihre Politik, sondern nur durch ihr Auftreten und ihre Sprüche ab. Markige Sprüche, mit denen sie versuchen, die berechtigte Wut der Menschen auf Nebenkriegsschauplätze zu lenken. Und vor allem versuchen sie die Wut auf die Migranten zu lenken. Dabei leiden diese genau wie alle anderen in der arbeitenden Bevölkerung unter den Konzernen und der arbeiterfeindlichen Politik.

Ein AfD-geführter Stadtrat oder Landkreis bietet noch mehr Möglichkeiten, diese Hetze gegen einen Teil der Arbeiterklasse auch über offizielle Reden zum Beispiel in Schulen zu verbreiten.

Die AfD unterhält (ganz besonders in Thüringen, dem Landesverband von Höcke) recht offen Kontakte zu rechtsradikalen Schlägergruppen, die Flücht-

lingsheime anzünden und alle terrorisieren, die ihnen nicht in den Kram passen: Migranten, Homosexuelle, Gewerkschafter...

Solche Kräfte können sich durch einen Wahlsieg der AfD wie in Sonneberg nur ermutigt fühlen, noch offener und aggressiver vorzugehen – und können zu Recht darauf hoffen, dass sie von Politik, Polizei und Justiz in solchen Wahlkreisen nicht viel zu befürchten haben, wenn sie erwischt werden.

Die Wahlsiege der AfD sind daher für die gesamte Arbeiterklasse eine Bedrohung! Das Beispiel Sonneberg macht jedoch auch einmal mehr deutlich, dass Wahlen und die heute herrschenden Parteien die letzten sind, die uns davor schützen können.

Diese Bedrohung kann nur auf einem Weg effektiv bekämpft werden: wenn wir, die Arbeitenden, wieder anfangen, uns gemeinsam gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu wehren. Denn diese werden durch die Profitgier der Konzerne und die arbeiterfeindliche Politik verursacht und sind ein wesentlicher Nährboden für die AfD.



Streik: das wirksamste Mittel gegen unsere Probleme... und die AfD

Heizung: Die Qual der falschen Wahl

Seit der Diskussion über das Heizungsgesetz wird nun auch viel über Fernwärme diskutiert. Doch auch hier haben sich die Preise in den letzten Monaten vielfach verdoppelt, ebenso wie bei Öl und Gas. Und für alle werden bereits weitere bedeutende Preissteigerungen in den nächsten Jahren vorausgesagt.

Egal also, welche Heizung wir (oder meist unser Vermieter) letztlich wählt: Jede kann für uns zur Armutsfalle werden. Die einzig richtige Wahl in der „Heizungsfrage“ ist gemeinsam durchzusetzen, was wir auch angesichts der übrigen Preissteigerungen benötigen: Dass die Löhne, Renten und Sozialleistungen regelmäßig und automatisch um die gleiche Summe steigen wie die Preise.

Zucker in Lebensmitteln: Profit macht süchtig

In Lebensmitteln für Kinder ist noch mehr Zucker als in denen für Erwachsene, ob bei Getränken, Müsli oder Nudelsaucen – mit entsprechend schädlichen Folgen für die Gesundheit der Kinder.

Eigentlich hatte die Industrie eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ unterschrieben, bis 2025 Zucker, Fett und Salz in Lebensmitteln um 25% zu senken. Das Gegenteil ist passiert. Nach einem kurzzeitigen Rückgang ist zum Beispiel der Zuckergehalt in Erfrischungsgetränken für Kinder sogar wieder gestiegen!

Kein Wunder: Zucker macht süchtig. Und je abhängiger man die Kinder schon von klein auf macht, desto mehr können die Konzerne verkaufen. Was soll's, wenn immer mehr an Diabetes oder Adipositas leiden? Wenn hohe Gewinne winken, halten keine Skrupel und keine „Selbstverpflichtung“ die Konzerne auf.



Die Entscheidung, was und wie produziert wird, gehört in die Hände der arbeitenden Bevölkerung!

Eon: Die Strompreise fallen... nur nicht für uns

An der Börse kosten Gas und Strom nicht einmal mehr ein Drittel (!) von dem, was sie noch zu Beginn dieses Jahres gekostet haben. Strom ist mittlerweile sogar billiger als vor dem Ukraine-Krieg. Nur bei uns auf der Rechnung kommt davon nichts an. So hat Eon zwar groß angekündigt, die Strompreise der Grundversorgung im September um 18% zu senken – aber erst, nachdem sie sie im Mai noch einmal um 60% erhöht haben. Trotz sinkender Börsenpreise kassieren sie von den Kunden also mehr als denn je – zur Freude ihrer Aktionäre!

Vor genau 25 Jahren wurde in Deutschland die Privatisierung der Energieversorgung eingeleitet, mit dem Argument: Private Konzerne wären effizienter, kundenfreundlicher und würden für niedrigere Preise sorgen. Das Ergebnis spricht für sich.

Mit gutem Beispiel voran?

Da waren sich mal alle einig: Gemeinsam haben sich in NRW die Fraktionen von CDU, Grünen, SPD, FDP und AfD im Landtag eine ordentliche Diätenerhöhung genehmigt. Nachdem ihre Diäten im letzten Jahr bereits um 237 Euro im Monat gestiegen sind, steigen sie dieses Jahr um 528 Euro, auf insgesamt 10.368 Euro monatlich.

Interessant! 500 Euro mehr im Monat, genau das hatten hunderttausende Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes – von Kitas, Bus und Bahn, Krankenhäusern und Müllabfuhr – vor einigen Monaten in massiven Warnstreiks gefordert.

Ihnen haben die Abgeordneten dieser Parteien erklärt, das wäre eine völlig utopische und überzogene Forderung und überhaupt seien die Kassen leer. Kommt halt immer darauf an, für wen.

Die Experten müssen entscheiden

Der (ohnehin schon viel zu niedrige) Mindestlohn soll im nächsten Jahr nur um 0,41 Euro steigen, und 2025 ebenfalls. Das hat die Mindestlohn-Kommission beschlossen, gegen die Stimmen der Gewerkschafts-Vertreter.

Selbst bei einem Vollzeitjob wären das gerade einmal 60 Euro brutto mehr im Monat – und das bei der anhaltend hohen Inflation! Doch die selbsternannten „Experten“ der Mindestlohn-Kommission sind der Meinung, dass dies (für uns Arbeitende) vollkommen ausreichend wäre.

Die einzigen Experten in dieser Frage sind wir Arbeitenden. Wir wissen, um wie viel unsere Miete, Energie, Lebensmittel und sonstigen Ausgaben gestiegen sind – und um wie viel unser Lohn mindestens steigen muss. Und wir sind auch die einzigen, die dies durchsetzen können.

Und im Sommer verlegen wir die Kliniken ins Einkaufszentrum?

Aufgrund der Klimaerwärmung sind die Sommer wärmer als früher. Tausende vor allem ältere und kranke Menschen sterben jedes Jahr daran, dass sie nicht vor den Folgen der Hitzewellen geschützt werden.

Nun plant der Bundesgesundheitsminister einen Hitzeschutzplan. Eigentlich eine gute Idee. Nur gilt für den ganzen Plan die Maxime: Hauptsache, es kostet nicht viel. Das Ergebnis ist zynisch.

So ist zum Beispiel geplant, dass während extremer Hitzewellen mehr Personal in den Altenheimen sein soll, indem man „Ehrenamtliche und Angehörige aktiviert“! Ein weiterer Vorschlag besteht darin, dass die Hausärzte (die ja so wenig zu tun haben) bei Hitzewellen alle gefährdeten Patienten anrufen und ihnen raten, genug zu trinken und sich an kühle Orte zu begeben.

Nach Feierabend holen wir dann also unsere Angehörigen aus dem Altenheim und fahren mit ihnen ins klimatisierte Einkaufszentrum. An ganz schlimmen Tagen bleiben wir mit ihnen dort einfach über Nacht... bevor wir morgens wieder arbeiten gehen und dort ebenfalls gebraten werden. Ein genialer Plan!

Made in Germany: Schweißen für 1,33 Euro Stundenlohn

Präzisionsschweißen, Schrauben sortieren, schwere Seekabel auseinandernehmen... für 1,33 Euro Stundenlohn? Doch, das gibt es auch in Deutschland. Zu solchen „Löhnen“ arbeiten 42.000 Strafgefangene in Deutschland: unter anderem für Konzerne wie VW, BMW und Miele!

Nachdem ein Betroffener dagegen geklagt hat, musste auch das Bundesverfassungsgericht zugeben, dass diese Praktiken illegal sind.

Doch die Unternehmer müssen sich keine Sorgen um ihr profitables Geschäft machen. Die Richter haben ihnen erlaubt, die Gefangenen noch zwei weitere Jahre lang für 1,33 Euro auszubeuten.

Lang genug, damit sich Regierung und Kapitalisten ein neues Gesetz ausdenken, mit denen sie die Gefangenen dann künftig legal zu ähnlichen Niedrigstlöhnen ausbeuten können.



Audi: Die Großen lässt man laufen

Ex-Audi-Chef Stadler, der im Diesel-Abgas-Skandal seinen jahrelangen Betrug an Kunden und Umwelt gestanden hat, darf auf Bewährung in Freiheit bleiben.

Wie hätte man dem Manager, der an einen gewissen Lebensstandard gewohnt ist, auch eine harte Gefängniszelle zumuten können!

Die sind ja ohnehin überbelegt... zum Beispiel von den 7.000 Schwarzfahrern jährlich, die im Knast landen, weil sie kein Geld haben, um ihr Bußgeld zu bezahlen.



Der verurteilte Audi-Chef darf auch weiter frei herumfahren.

Kein Bock auf dumme Sprüche

Die Zahl derjenigen, die neben ihrem Hauptjob noch einen Zweitjob machen müssen, ist in den letzten zehn Jahren um 40% gestiegen!

Immer mehr haben so niedrige Löhne, dass diese trotz Vollzeit nicht zum Leben reichen. Oder sie bekommen überhaupt nur Teilzeitjobs, was vor allem „Frauenberufe“ wie Reinigung oder Einzelhandel betrifft.

Und da stellt sich der Chefs des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall hin und behauptet, wir hätten alle keine richtige Arbeitsmoral mehr und sollten am besten alle zwei Stunden pro Woche mehr arbeiten. Der Arbeitgeberverband BDA fordert sogar arrogant „mehr Bock auf Arbeit“.

Wie wäre es stattdessen bei ihnen mit „mehr Bock auf Arbeit(splätze), von denen man auch leben kann“?

Von wegen Spar-Weltmeister

Die Aktionäre der deutschen Aktien-Konzerne haben ihren Aktionären in diesem Jahr 75 Milliarden Euro an Dividende ausgeschüttet. Ein Rekord!

Seit Wochen hören wir, dass die wirtschaftliche Lage schlechter wird, die Aufträge zurückgehen, eine Rezession begonnen hat. Man könnte auf die Idee kommen, in dieser Lage würden die Konzerne Rücklagen für die schlechten Zeiten bilden.

Stattdessen verschenken sie so viel Gewinn wie noch nie an die Aktionäre.

Bei diesen Großaktionären können sie sich das Geld dann auch holen, wenn sie in der Krise welches brauchen – und nicht durch Lohnkürzungen, Entlassungen oder Betriebsschließungen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!